

# Merkel will Systempresse mittels GEZ-Gebühr untertänig halten



Von CANTALOOP | Während man sich im gesamten Land mit den Vorgängen in Thüringen beschäftigt, werden in politischen Hinterzimmern zwischenzeitlich ganz neue Aspekte hinsichtlich der zukünftigen Berichterstattung in Erwägung gezogen. Nachdem viele Printmedien, allen voran Spiegel, Stern, BILD und diverse andere, meist am linken Spektrum orientierte Medien, in den letzten Quartalen deutliche Verluste im Printbereich hinnehmen mussten, erörtert unsere Regierung gerade, wie man diesen helfend unter die Arme greifen könnte.

Es gehe schließlich um die Medienvielfalt, die es zu erhalten gelte, titelt der Focus sicher nicht ganz unvoreingenommen – und beruft sich dabei auf Regierungskreise. Demnach sei zu prüfen, in welchem Umfang man notleidende Zeitungen seitens des Staates direkt oder indirekt unterstützen könnte. Von einer Erhöhung der GEZ-Gebühr um „wenige Euro“ ist die Rede – und als eine „allgemeine Medienabgabe“ soll das Ganze dann etikettiert werden.

## **Jetzt greift der Staat regulierend in den Zeitungsmarkt ein**

Ein Team von „unabhängigen Experten“ werde sich der Sache annehmen, nachdem das Hans Bredow-Institut der freien Universität Hamburg eine „nachhaltige Finanzierung journalistischer Leistungen“ eingefordert hatte. Kostenlose

Inhalte im Internet gefährden laut eines eigens für die Bundesregierung angefertigten Gutachtens die sichere Weiterexistenz zahlreicher Zeitschriften im Druck-Format.

Das Ganze muss man in seiner Gesamtheit erst einmal auf sich wirken lassen. Die freie Marktwirtschaft, in der Angebot und Nachfrage die Grundlage allen Unternehmertums bildet, soll teilweise ausgehebelt werden. Das wird den Markt in eine gewünschte Richtung verzerren. Unsere Systempresse kränkelt, während Blogs und freie Medien boomen. Somit tritt das Staatswesen auf den Plan und sichert rasche Hilfe in Form von Zwangsgebühren zu. Damit bleibt bestimmt auch die wohlwollende Berichterstattung der so alimentierten Journalisten gegenüber ihrer Obrigkeit weiterhin erhalten. Raffiniert!

### **Staatliche Finanzhilfen anstelle von Wettbewerb**

Nicht mehr die Qualität, das Layout, oder die Nachfrage eines Presse-Erzeugnisses regulieren zukünftig deren Preis und Auflage – sondern die Staatsmacht nötigt die Bürger mittels erhöhter GEZ-Gebühr einfach, fortan auch „Qualitäts“-Zeitungen zu subventionieren, die man im Normalfall nicht kaufen würde. Somit sichert sich das Kabinett Merkel weiterhin einen schon vertrauten Unterstützer im Kampf gegen „Klimaleugner“, Flüchtlingskritiker und Islamaufklärer. Man hilft sich doch gerne gegenseitig. So läuft das eben bei einer Umformung in eine sozialistische Einheitsgesellschaft. Immer mehr greift die staatliche Regulierungs-Krake in Prozesse ein, die sie eigentlich ihrer eigenen Entwicklung überlassen sollte.